

SPD

UNSER SACHSEN FÜR MORGEN

LANDESPARTEITAG DER SPD SACHSEN

17./18. OKTOBER 2014

ZEITENSTRÖMUNG DRESDEN

– ANTRAGSBUCH –

Allgemeine Anträge

Antrag: A 01

Votum der Antragskommission: Diskussion durch den Parteitag

Votum des Parteitags:

Antragsteller:

Vorstand SPD-Unterbezirk Chemnitz, AGS Chemnitz, ASJ Südwestsachsen

Thema:

TTIP – Transatlantic Trade and Investment Partnership – Transatlantische Handels- und Investitions-Partnerschaft

Der Landesparteitag möge beschließen: **als Antrag an den Bundesparteitag**

Wir **fordern** als Bedingung für die Zustimmung der Bundesregierung zu weiteren Verhandlungen zwischen der Europäischen Kommission und der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika über eine Transatlantische Handels- und Investitions-Partnerschaft:

- Soziale und ökologische Ziele müssen gleichrangig mit den wirtschaftlichen Zielen verfolgt werden. Das heißt: Anpassung von Umweltvorschriften und -standards jeweils auf dem Niveau der anerkannten Regeln der Technik, vollständige Ratifizierung aller ILO-Sozialstandards in der EU wie in den USA, Sicherung von Mitbestimmungs- und Arbeitnehmerrechten in transatlantischen Unternehmen auf höchstem Standard. Wenn Beschäftigte zur Arbeit in die USA oder nach Europa entsandt werden, dann muss das **Ziellandprinzip** gelten: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort.

- Die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern müssen ebenfalls auf höchstem Niveau geschützt werden. Der **Schutz von persönlichen Daten** und der Schutz von Urheberrechten muss gewährleistet werden.

- **Öffentliche Dienstleistungen** sind aus dem Abkommen auszuklammern. Bisherige EU-Vereinbarungen zum Schutz öffentlicher Dienstleistungen dürfen nicht durch die Hintertür durch das TTIP bedroht werden. Das in der EU geltende Subsidiaritätsprinzip, wonach Kommunen, Länder und Mitgliedsstaaten ihre Daseinsvorsorge weitgehend selbst gestalten, muss strikt beachtet werden. Auch für das **öffentliche Beschaffungswesen** dürfen keine Regelungen getroffen werden, die zu weiterer Liberalisierung oder Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen führen.

- **Investoren/Staat-Streitschlichtungsmechanismen** sichern einseitig die Privilegien für Investoren. Sie schützen ihre Profite und bewahren sie vor den Kosten von notwendigen sozialen und ökologischen Veränderungen in den Vertragsstaaten. Deshalb lehnen wir Investoren/Staat-Streitschlichtungsverfahren im TTIP ab. Die Rechtsordnungen beider Wirtschaftsräume bieten ausreichenden Schutz für Investoren.

Allgemeine Anträge

43

44 • Die Entscheidung der EU, nicht über **audiovisuelle Dienstleistungen** als Träger kultureller
45 Vielfalt zu verhandeln, muss ebenso Bestand haben wie die UNESCO-Konvention zum
46 Schutz der Vielfalt der Kultur.

47

48 Ferner fordern wir die Offenlegung aller Dokumente, die bei der Vorbereitung, der
49 Beschlussfassung und der späteren Durchführung des TTIP entstehen.

50

51 **Begründung:**

52

53 Vor dem Hintergrund der anhaltenden kontroversen Diskussionen um das TTIP konkretisiert
54 der Antrag die nachfolgende Aussage im Koalitionsvertrag (S. 168):

55

56 **„Verlässlicher Partner in der Welt ...**

57 Das geplante Freihandelsabkommen mit den USA ist eines der zentralen Projekte zur
58 Vertiefung der transatlantischen Beziehungen. Wir wollen, dass die Verhandlungen
59 erfolgreich zum Abschluss geführt werden, **ohne im Vertrag parlamentarische Kontrolle
60 und gerichtlichen Schutz in Frage zu stellen.** Unser Ziel ist dabei, bestehende Hindernisse
61 in den transatlantischen Handels- und Investitionsbeziehungen so umfassend wie möglich
62 abzubauen. Die Zulassung begründeter Ausnahmen muss für jede Vertragspartei Teil des
63 Abkommens sein. Wir werden auf die Sicherung der Schutzstandards der Europäischen
64 Union insbesondere im Bereich des Datenschutzes, der europäischen Sozial-, Umwelt- und
65 Lebensmittelstandards sowie auf den Schutz von Verbraucherrechten und öffentlicher
66 Daseinsvorsorge sowie von Kultur und Medien Wert legen.“

67

68 Er formuliert Mindestanforderungen, ohne deren Erfüllung ein transatlantisches
69 Freihandelsabkommen schlechterdings nicht zustimmungsfähig ist.

Allgemeine Anträge

1 **Antrag: A 02**

2 **Votum der Antragskommission: Diskussion durch den Parteitag**

3 **Votum des Parteitags:**

4
5
6 **Antragsteller:**

7 Ortsverein Reichenbach und Umgebung

8
9 **Thema:**

10 Verwendung Regionalisierungsmittel

11
12 Der Landesparteitag möge beschließen:

13
14 Die sächsische SPD setzt sich für die vollständige Verwendung der vom Bund
15 bereitgestellten

16 Regionalisierungsmittel im öffentlichen Personennahverkehr ein.

17 Die Regionalisierungsmittel dürfen nur für die im Regionalisierungsgesetz vorgesehenen
18 Aufgaben verwendet werden und dies ist die Betreibung des öffentlichen
19 Personennahverkehrs. Der Abbau von Staatsschulden etwa oder die Finanzierung von
20 Infrastrukturmaßnahmen gehören nicht dazu.

21
22 **Begründung:**

23
24 Die sächsische Sozialdemokratische Partei Deutschland hat sich für die Stärkung des
25 ländlichen Raumes ausgesprochen und dazu gehört ein gut ausgebautes Angebot im
26 öffentlichen Personennahverkehr. Doch schon jetzt gibt es Orte in Sachsen die weder mit
27 Bahn noch Bus zu erreichen sind und diese Entwicklung setzt sich stetig fort.

28 Um dem entgegen zu wirken wäre der erste Schritt zur Verbesserung des ÖPNV-Netzes die
29 100 prozentige Nutzung der Regionalisierungsmittel für die im Regionalisierungsgesetz
30 vorgesehenen Aufgaben.

31 In der ÖPNV-Finanzierungsverordnung des Landes Sachsen werden pauschal mehrere
32 Prozente der Regionalisierungsmittel für andere Zwecke missbraucht. Da der ÖPNV zur
33 Daseinsvorsorge eines Landes gegenüber seiner Bevölkerung gehört, können wir als
34 sächsische SPD dies so nicht vertreten.

Allgemeine Anträge

1 **Antrag: A 03**

2 **Votum der Antragskommission: Diskussion durch den Parteitag**

3 **Votum des Parteitags:**

4
5
6 **Antragsteller:**

7 AG Selbst Aktiv Sachsen

8
9 **Thema:**

10 Übernahme aller behinderungsbedingten Mehraufwendungen durch die SPD Sachsen und
11 Nichtanrechnung auf AG- und Gliederungsbudgets

12
13 Der Landesparteitag möge beschließen, dass die behinderungsbedingten
14 Mehraufwendungen für die Arbeit in Vorständen innerhalb der SPD Sachsen und ihren
15 Untergliederungen von der SPD Sachsen übernommen werden. Diese Mehraufwendungen
16 sollen nicht mehr vom Jahres-Budget der Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften in der
17 SPD Sachsen finanziert werden müssen.

18
19 **Begründung:**

20
21 Die Arbeit der Vorstände und in den Arbeitsgemeinschaften innerhalb der SPD Sachsen und
22 ihren Untergliederungen wird zum Teil von Menschen geleistet, die auf Leistungen aus der
23 gesetzlichen Rentenversicherung und/oder Leistungen nach SGB II oder SGB XII angewiesen
24 sind. Die Mehraufwendungen für die Teilnahme an den Vorstandssitzungen und anderen
25 Veranstaltungen der SPD dürfen diese Menschen nicht zusätzlich finanziell belasten oder
26 aus dem Budget der AG-Arbeit getragen werden, weil es Ausgaben sind, die
27 behinderungsbedingt sind. Die Übernahme von behinderungsbedingten
28 Mehraufwendungen durch die SPD Sachsen wäre ein deutliches Signal, dass die SPD
29 Sachsen die politische Teilhabe von Menschen mit Behinderung intensiv fördert.

Allgemeine Anträge

1 **Antrag: A 04**

2 **Votum der Antragskommission: Diskussion durch den Parteitag**

3 **Votum des Parteitags:**

4
5
6 **Antragsteller:**

7 AG Selbst Aktiv Sachsen

8
9 **Thema:**

10 Inklusionsbericht

11
12 Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Landesvorstand der SPD Sachsen auf jedem
13 Landesparteitag einen „Inklusionsbericht“ den Delegierten zur Diskussion vorlegt. Der
14 Bericht soll dann nach den Landesparteitagen an alle Arbeitsgemeinschaften und
15 interessierte Mitglieder in barrierefreier Form zugesandt werden. Dieser Bericht soll dazu
16 dienen, die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in der SPD Sachsen zu
17 begleiten und aufzeigen, in wie weit die SPD Sachsen schon eine inklusive Partei ist.

18
19 **Begründung:**

20
21 Das Thema „Inklusion“ hat in der SPD Sachsen durch einige Landesparteitagsbeschlüsse und
22 dem Gesetzentwurf eines Sächsischen Inklusionsgesetzes der SPD-Landtagsfraktion im
23 Sächsischen Landtag Einzug gehalten, was wir sehr positiv bewerten. Leider musste die AG
24 Selbst Aktiv feststellen, dass die praktische Umsetzung der UN-
25 Behindertenrechtskonvention in der SPD Sachsen sehr schleppend erfolgt, dass viele
26 Veranstaltungen nicht komplett barrierefrei sind und es auch in der SPD Sachsen noch viele
27 Berührungspunkte, Vorurteile und Distanz gegenüber Menschen mit Behinderung oder
28 chronischen Erkrankung gibt. Aus diesem Grund möchten wir gern einen Inklusionsbericht.
29 Dieser Bericht soll eine Möglichkeit sein, sich einen zeitlichen Sachstand zu verschaffen, in
30 wie weit die SPD Sachsen die politische Teilhabe von Menschen mit Behinderung oder
31 chronischer Krankheit unterstützt, wo sie schon komplett barrierefreie Angebote macht und
32 wo noch Handlungsbedarf besteht. Die Landespartei wird dadurch in die Lage versetzt, sich
33 einen Überblick zu verschaffen, was bereits geleistet bzw. nicht geleistet wurde.